

Rede

des Generalsekretärs

der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Hermann Gröhe

Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU: Frau Tagungspräsidentin, liebe Julia Klöckner! Frau Parteivorsitzende, liebe Angela Merkel! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Verehrte Gäste! Wir alle kennen das: Da kommt ein Nachbar aus dem Urlaub zurück, schwärmt von seinen Erlebnissen und sagt dann: Aber zu Hause ist es am schönsten. – Das stimmt. Deutschland ist ein schönes, ein starkes Land, ein Land, das den Menschen gute Chancen bietet. Mancher kommt aber auch nachdenklich zurück, weil er erlebt, wie in anderen Teilen der Welt Menschen sich anstrengen, um nach vorne zu kommen, um ihr Leben zu verbessern. Es liegt an uns, ob diese Entwicklung Deutschland bedroht, uns auf die Abstiegsplätze verweist, oder ob diese Entwicklung auch für uns neue Chancen eröffnet. Ich bin sicher, wenn wir diese Herausforderung annehmen, wenn wir hart dafür arbeiten, mit besten Produkten und Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen auf den Märkten der Welt zu überzeugen, dann haben wir als Deutschland alle Chancen, auch in Zukunft ein starkes Land zu sein. Wir wollen, dass Deutschland Spitze bleibt.

Wir wollen ein Land, das allen Menschen gute Chancen eröffnet. Deswegen stärken wir die Mitte in unserer Gesellschaft, auch um denen verlässlich zur Seite zu stehen, die unsere Hilfe brauchen. Dafür steht die CDU. Dieses Programm ist ein klares Alternativprogramm zur rot-grünen Ideologie von einem Staat, der immer mehr abkassiert, reguliert, umverteilt und bevormundet. Die Umsetzung der rot-grünen Absichten würde Deutschlands Abstieg bedeuten. Das werden wir verhindern.

Gemeinsam haben wir unser Land stark gemacht. Noch nie hatten so viele Menschen Arbeit in Deutschland. Und Rekordbeschäftigung, das ist keine statistische Größe, das bedeutet konkret, dass Hunderttausende Frauen und Männer wieder für sich und ihre Familien selbst sorgen können. Darum geht es, dass Menschen eine Chance haben, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Wir beteiligen uns nicht am linken Wettlauf um den höchsten Hartz-IV-Regelsatz. Wir kümmern uns darum, dass Menschen wieder Chancen auf Arbeit bekommen; denn das hilft den Menschen wirklich.

Wir verbessern mit dem Bildungspaket die Chancen der Kinder. Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, und unser duales Ausbildungssystem wird mehr und mehr zum Exportschlager. Wir haben den Bundesbildungsetat massiv

erhöht, um 13 Milliarden Euro, und wir unterstützen die Länder mit 5 Milliarden Euro dabei, 300 000 zusätzliche Studienplätze in diesem Land zu schaffen. Ein Blick in viele Länder Europas zeigt: Es ist alles andere als selbstverständlich, dass jungen Menschen so viele Türen offenstehen wie in unserem Land. Zu dieser Entwicklung haben viele beigetragen: der Fleiß und Ideenreichtum unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, kluge unternehmerische Entscheidungen sowie eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Aber wir können auch selbstbewusst sagen: Wir haben mit unserer Politik Deutschland stärker gemacht. Das erkennt auch die Wirtschaft an. So lesen wir im „Mittelstandsbarometer 2012“:

Vor zehn Jahren noch galt die deutsche Volkswirtschaft als kranker Mann Europas, heute dient sie als Vorbild für andere Länder.

87 Prozent der befragten Mittelständler bewerten 2012 unsere Standortpolitik positiv. 2005, bei der Abschlussbilanz von Rot-Grün, waren es gerade einmal 10 Prozent. Das ist unsere gemeinsame Leistung. Lassen Sie uns darüber selbstbewusst reden, meine Damen, meine Herren!

Lassen Sie uns dieses positive Urteil aber auch Ansporn sein; denn es bleibt viel zu tun. Der weltweite Wettbewerb fordert uns immer härter heraus. Autoritäre Staaten wie China mit riesigen Währungsreserven bewerten als Investoren die Reformanstrengungen marktwirtschaftlicher Demokratien. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir diese Herausforderungen annehmen, werden sich die freiheitlichen Demokratien mit Sozialer Marktwirtschaft durchsetzen, weil sie auf die Freiheit, die Menschenwürde und den Rechtsstaat setzen.

Wir stehen für ein starkes Europa, ein Europa, das auf nachhaltiges Wachstum und solide Finanzen setzt. Wir kommen dabei gut voran. 2013, und damit drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben, werden wir die Schuldenbremse einhalten. Rot-Grün dagegen hat nichts kapiert. Sie haben nicht verstanden, dass überschuldete Staaten zum Spielball der Spekulationen werden, dass nachhaltiges Wachstum auf Pump eben nicht zu haben ist. Unionsgeführte Landesregierungen führen konsequente Haushaltskonsolidierung durch. Bayern und Sachsen zahlen bereits Schulden zurück. Was machen SPD und Grüne? Sie betreiben in Nordrhein-

Westfalen und Rheinland-Pfalz eine so unverantwortliche Schuldenmacherei, dass sie bereits von Landesverfassungsgerichten und vom Rechnungshof abgemahnt werden mussten.

Diese SPD-Schuldenpolitik ist zutiefst unsozial.

Schauen Sie auf die früheren Taten von Herrn Steinbrück. Er hat als NRW-Finanzminister und als Ministerpräsident in fünf Jahren mehr Schulden gemacht als Bayern in 60 Jahren. Dafür wurde er abgewählt. Wer so versagt hat, vor dem müssen wir unser Land bewahren, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

Schritt für Schritt kommen wir auch in Europa mit einer Politik voran, die auf solides Wirtschaften, nachhaltiges Wachstum und eine Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit setzt. Wir verdanken das vor allem der Klugheit und Entschlossenheit von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble.

Der Weg ist nicht leicht. Doch eines ist klar: Gerade unser Land profitiert von der gemeinsamen Währung. Jede unkontrollierbare Entwicklung im Euro-Land würde daher gerade uns treffen. Zugleich gilt für uns: Solidarität und Solidität gehören stets zusammen. Deshalb müssen Finanzgarantien fest mit eigenen Reform- und Sparanstrengungen der entsprechenden Länder verbunden bleiben; denn nur so wirkt unsere Hilfe nachhaltig. Wenn Herr Steinbrück diesen Zusammenhang angreift, spielt er jenen in Europa in die Hände, die bedingungslose Hilfe ohne eigene Anstrengung wollen. Am Ende stünde: mehr Schulden in Europa, mehr Haftung für Deutschland; das wird es mit uns nicht geben.

Manch einer glaubt heute, dass man die einzelnen Parteien kaum mehr unterscheiden kann. Das ist ein fundamentaler Irrtum; denn es gibt einen sehr großen Unterschied: Wir trauen den Menschen etwas zu. Das entspricht dem christlichen Menschenbild. Wir setzen auf Selbstverantwortung, auf die Bereitschaft der Menschen, Verantwortung für andere zu übernehmen und auf Gemeinsinn. Das ist bürgerliche Politik. Deshalb entlasten wir die Menschen direkt zu Beginn der Legislaturperiode konkret bei der Einkommensteuer und in wenigen Wochen erneut bei den Rentenversicherungsbeiträgen. Rot-Grün dagegen lehnt sogar den Abbau

der kalten Progression ab. Sie verweigern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sogar etwas, auf das sie einen Anspruch haben. Das ist unanständig.

Wer das den Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen vorenthält, der sollte aufhören, sich als Anwalt der kleinen Leute darzustellen.

Wir trauen unseren Familien etwas zu. Wir stärken sie, aber wir schreiben ihnen nicht vor, wie sie leben sollen. Deshalb unterstützen wir sie auf vielfältige Weise. Mit dem massiven Kitausbau und dem Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren sorgen wir dafür, dass der Wille der Eltern wirklich zählt. Wir helfen allen Eltern. Wer wie SPD und Grüne das Betreuungsgeld als Herdprämie verunglimpft, der verunglimpft damit auch die Familienarbeit hunderttausender Väter und Mütter in diesem Land. Das ist rot-grüne Bevormundungspolitik. Die lehnen wir entschieden ab.

Wir trauen unseren Unternehmen, die Arbeit und Ausbildung schaffen, etwas zu. Wir haben gerade den Mittelstand durch verschiedene Verbesserungen bei der Erbschaft- und Umsatzbesteuerung, bei der Unternehmensbesteuerung und den Abschreibungen gestärkt. Wir haben die Bürokratiekosten um jährlich 12 Milliarden Euro reduziert. Bei den Grünen dagegen heißt es siebenmal Steuern rauf: unter anderem Vermögensabgabe, Vermögensteuer, Einkommensteuer, Mehrwertsteuer, Unternehmensteuer und Ökosteuern. Das sind sieben auf einen Streich, aber anders als im Märchen wären nicht Fliegen, sondern die deutsche Wirtschaft das Opfer. Wir wollen Rückenwind für unseren tüchtigen Mittelstand, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

Wer wie Herr Steinbrück diesen Mittelstand durch Steuererhöhungen um bis zu 19 Prozent mehr belasten will, der wird von der Presse zu Recht als „Der teure Kandidat“ bezeichnet. Einen so teuren Kandidaten müssen wir Deutschland ersparen. Zu Recht warnt der Verband der Familienunternehmer: Die von der SPD geplanten Steuererhöhungen vernichten Arbeitsplätze und schwächen das Wachstum. Das werden wir nicht zulassen.

Wir wollen, dass Deutschland Industrieland bleibt. Bei einer wachsenden Weltbevölkerung wächst der Bedarf an industrieller Produktion. Wer, wenn nicht das

Hightech-Land Deutschland, sollte beweisen, dass nachhaltige und ressourcenschonende industrielle Produktion möglich ist. Bei der Energiewende beweisen wir: Umweltfreundlichkeit und wirtschaftliche Vernunft gehören für uns zusammen. Die Grünen dagegen finden: In Deutschland werden zu viele Autos gebaut. Da sage ich: Schönen Gruß nach Wolfsburg! Und bitte bei der Wahl daran denken.

Wir trauen unseren Sozialpartnern etwas zu. Wir wollen starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Wir bekennen uns zur Verantwortung der Tarifparteien, auch und gerade, wenn es um den Schutz vor Lohndumping geht. Über 4 Millionen Menschen arbeiten heute bereits in Bereichen, in denen sie durch branchenspezifische Mindestlöhne geschützt sind. Alle diese Mindestlöhne wurden unter unserer Verantwortung geschaffen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir wollen die Tarifpartner in die Pflicht nehmen, eine Lohnuntergrenze für jene Bereiche festzulegen, in denen keine Tarifbindung herrscht. SPD und Grüne rufen auch bei diesem Thema nach dem Staat. Was haben sie selbst in ihrer Regierungszeit gemacht? Sie haben nichts zustande gebracht. Das ist die Wahrheit, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

Wir trauen unserer Gesellschaft etwas zu. Einen besonderen Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft leisten kirchliche Einrichtungen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Förderung dieser wichtigen Arbeit unserer Kirchen. Sie macht unser Land menschlicher und hilft durch die Vermittlung grundlegender Werte zu einem guten Miteinander. Nun haben die Grünen auf ihrem letzten Parteitag einen Beschluss gefasst, der faktisch ein Aus für profilierte christlich-kirchliche Kindergärten, Schulen, Pflegeheime und Krankenhäuser bedeuten würde. Das ist ein Frontalangriff auf das bewährte Miteinander von Staat und Kirchen in unserem Land. Dem treten wir mit Entschiedenheit entgegen.

Wir trauen den Menschen etwas zu. Deshalb sprechen wir auch unbequeme Wahrheiten aus. Wir müssen weiterhin hart dafür arbeiten, dass Deutschland Spitze bleibt. Was machen SPD und Grüne? Die SPD macht bei der Rente mit 67 die Rolle rückwärts. Sie verspricht den Menschen ein unbezahlbares Wolkenkuckucksheim,

sie setzt wichtige Entscheidungen aus oder vertagt sie auf den Sankt Nimmerleinstag. Steinbrück und Göring-Eckardt waren einst lautstarke Vertreter der Agenda 2010. Jetzt geben sie sich dafür, die in ihren Parteien so verhasste Politik zu entsorgen. Das ist zutiefst unglaublich, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

Was ist aus der Beinfreiheit geworden, die Steinbrück einst für sich einforderte? Nichts! Längst haben ihm die Parteilinken Fußfesseln angelegt.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wir haben ein gut ausgebautes soziales Netz dank starker Wirtschaftsleistung und Rekordbeschäftigung. Wir haben gut gefüllte Sozialkassen und die Lohnzusatzkosten liegen bei unter 40 Prozent. Wir haben die Leistungen bei der Pflege vor allem für Demenzkranke und ihre Angehörigen verbessert. Die Beantwortung der Frage, wie wir in Würde altern können, entscheidet über die Menschlichkeit in unserem Lande. Klar ist aber auch: Es gibt immer wieder gute Gründe für Verbesserungen im Hier und Jetzt. Wir müssen aber bei jeder Entscheidung bedenken, dass wir auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit gewährleisten wollen. Wir stehen für ein faires Miteinander der Generationen.

Die Alternativen sind klar. Wir stehen dafür, dass Deutschland Spitze bleibt und seinen Beitrag zu einem starken Europa leistet. SPD und Grüne stehen für den Abstieg unseres Landes. Es liegt an uns, den Menschen diese Alternative klar vor Augen zu führen. Lassen Sie uns das gemeinsam tun, zuerst in Niedersachsen, dann im Bund.

David McAllister kann eine eindrucksvolle Bilanz vorweisen: Rekordbeschäftigung, als Windenergieland Nummer eins: Gewinner der Energiewende, beschleunigtes Tempo bei der Haushaltskonsolidierung, während sich die Sozialdemokraten der Festschreibung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung verweigern. Wir kämpfen mit ganzem Einsatz dafür, dass Niedersachsen auf Erfolgskurs bleibt, dass David McAllister Ministerpräsident dieses schönen Bundeslandes bleibt, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

Wir stehen an der Schwelle zum Jahr 2013. Mit Angela Merkel an der Spitze machen wir Christdemokraten 2013 zu unserem Jahr. Wir werden erfolgreich sein, weil wir

d i e starke Volkspartei der Mitte sind, weil sich Frauen und Männer, Junge und Alte, Einheimische und Zugewanderte bei uns engagieren. Unser neu gegründetes Netzwerk „Integration“ unterstreicht dieses Anliegen. Es ist gut, dass wir heute gleich mehrere Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund für unsere Führungsgremien haben. Mit der Mitgliederwerbemaßnahme wollen wir noch mehr Frauen und Männer dafür gewinnen, in unseren Reihen für die Ziele der CDU, für unsere Heimat zu arbeiten. Wir werden erfolgreich sein, weil wir das große demokratische Mitmachangebot für die Menschen in unserem Land sind. Fast 9 000 unserer Mitglieder haben an den Regionalkonferenzen teilgenommen, tausende an der Tele-Town-Hall mit Angela Merkel. Auch im Mitgliedernetz CDU Plus bieten wir unseren Mitgliedern zahlreiche Möglichkeiten der direkten Mitsprache etwa im Hinblick auf unsere Antragsberatungen.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich freue mich auf unsere Arbeit im kommenden Jahr. Wir werden alles dafür tun, unsere Verbände und vor allem unsere Kandidatinnen und Kandidaten bestmöglich zu unterstützen. Vor uns liegt ein gutes Stück Arbeit. Lassen Sie uns das gemeinsam angehen, zum Wohle der Menschen und aus Liebe zu unserem Land, damit auch für unsere Kinder und Enkel gilt: Starkes Deutschland – Chancen für alle. – Herzlichen Dank.